



**Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen
betreffend Zug ein Hotspot der Schwarzarbeit
vom 9. März 2021**

Die Fraktion Alternative – die Grünen hat am 9. März 2021 folgende Interpellation eingereicht:

Wie in der Zuger Zeitung vom 27. Februar 2021 ausführlich zu lesen war, gibt es in der Zentralschweiz ein erhöhtes Problem mit unseriösen Baufirmen, welche als Subunternehmer illegal angestellte Arbeiter beschäftigen und dass die Kantone zu wenig im Kampf gegen die Schwarzarbeit unternehmen.

Zudem hat der Blick in den letzten Wochen in einer Undercover Reportage eindrücklich aufgezeigt, wie im Bereich der Reinigung Schwarzarbeit eine grosse Selbstverständlichkeit ist. Ebenfalls bekannt ist das Phänomen in der privaten Altersbetreuung. Im Artikel der Zuger Zeitung lassen sich der Präsident und der Geschäftsführer der Paritätischen Berufskommission wie folgt zitieren: "Enttäuscht sind wir nicht – denn enttäuscht wird man nur, wenn man etwas erwartet". Aufgrund dieser alarmierenden Aussagen, den diversen medialen Berichten und der bekannten Tatsache, dass der Kanton Zug sehr wenig Ressourcen für die Bekämpfung der Schwarzarbeit bereitstellt, stellen die Alternativen – die Grünen der Zuger Regierung folgende Fragen.

1. Der Kanton Zug verfügt über keine eigenen Inspektoren und versucht die Schwarzarbeit über die bestehenden Ressourcen zu bekämpfen. Kennt der Regierungsrat andere Kantone, welche mit demselben Modell operieren? Wir bitten um eine nationale Einordnung.
2. Die negativen medialen Berichte über anscheinend selbstverständliche Schwarzarbeit in der Schweiz häufen sich. Dies deutet darauf hin, dass wir in der Schweiz einen Anstieg der Schwarzarbeit erleben. Sei dies wegen laufend enger werdenden Margen in der Baubranche, wegen fehlender Sozialkontrolle in Privathaushalten oder aus weiteren Gründen. Teilt der Zuger Regierungsrat diese Einschätzung?
3. Was sind aus Sicht der Zuger Regierung die negativen Auswirkungen der grassierenden Schwarzarbeit in der Schweiz und im Kanton Zug?
4. In welchen Branchen ist der Zuger Regierung Schwarzarbeit bekannt und in welchen Fällen vermutet er sie grundsätzlich?
5. Am 27. April 2018 schickte die Paritätische Berufskommission der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden und Zug ein Dossier, welche Erkenntnisse bezüglich illegaler Aktivitäten in der Baubranche offenlegt. Welche Erkenntnisse zog der Regierungsrat daraus und welche Massnahmen wurden eingeleitet?
6. Gemäss dem genannten Artikel in der Zuger Zeitung, wurden innerhalb von 13 Jahren an derselben Zuger Adresse über 100 Gesellschaften gemeldet, fast ausschliesslich Handwerksunternehmen. Welche Massnahmen können aus Sicht des Regierungsrats gegen Erstellen von unzähligen Scheinfirmen zur Umgehung von Strafverfahren und arbeitsrechtlichen Richtlinien unternommen werden?

7. Wie viele Unternehmen aus der Baubranche wurden im Kanton Zug in den Jahren 2015–2020 neu gegründet und liquidiert? Wie steht dies im Verhältnis zu anderen Kantonen?
8. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen müssen ausländische Baufirmen ihre Arbeiter anmelden und eine Schweizer Kontaktfirma ausweisen. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass in diesem Zusammenhang ein Problem mit Scheinfirmen besteht?
9. Welche Instrumente könnten prinzipiell angewendet werden, um herauszufinden, ob es sich bei Firmen um Scheinfirmen oder um richtige Firmen handelt? Welche werden im Kanton Zug angewendet?
10. Was hält der Regierungsrat von der Isab-Karte? Ist sie bereit, Unternehmer bei dieser Initiative zu unterstützen?
11. Um das Problem von Schwarzarbeit und Lohndumping auch im Kanton Zug eindämmen zu können, wäre es wichtig genauer zu wissen, in welchem Ausmass Schwarzarbeit und Lohndumping im Kanton Zug vorkommt.
Ist die Zuger Regierung bereit, bedeutend mehr Ressourcen in die Kontrolle der Einhaltung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu investieren?